

Kiew ratifiziert historisches Rohstoffabkommen mit den USA!

Das ukrainische Parlament ratifiziert ein Abkommen mit den USA zur Schaffung eines Wiederaufbaufonds und zum Zugang zu Bodenschätzen.



Kiew, Ukraine - Das ukrainische Parlament hat heute, am 9. Mai 2025, einem wichtigen Abkommen mit den USA zur Schaffung eines gemeinsamen Wiederaufbaufonds zugestimmt. Mit 338 Stimmen, bei benötigten 226, wurde der Vertrag ratifiziert, der den USA Zugang zu den Bodenschätzen der Ukraine sichert. Dies zeigt das Bestreben Kiews, Washington als strategischen Verbündeten gegen die anhaltende russische Aggression zu behalten. Auf der sozialen Plattform X bezeichnete Präsident Wolodymyr Selenskyj das Abkommen als „historisches Dokument“.

Der ukrainische Wirtschaftsministerin Julia Swyrydenko zufolge sind die USA bereit, in die ukrainische Wirtschaft und deren

Rohstoffe zu investieren. Dennoch behält die Ukraine das Eigentum an den Bodenschätzen. Darüber hinaus stellte Swyrydenko klar, dass im Abkommen keine Rückzahlung ukrainischer Schulden gegenüber den USA für vergangene Waffenlieferungen enthalten ist. Diese Erleichterung dürfte für die Ukraine von Bedeutung sein, da sie sich seit über drei Jahren mit westlicher Unterstützung gegen eine Invasion Russlands zur Wehr setzt.

Details des Rohstoffabkommens

Das Abkommen wurde von US-Finanzminister Scott Bessent und der ukrainischen Vizeregierungschefin Julia Swyrydenko in Washington unterzeichnet. Allerdings sind die genauen Inhalte des Abkommens nicht veröffentlicht worden. Geplant ist ein Investitionsfonds, der nicht nur der Ausbeutung ukrainischer Bodenschätze, sondern auch dem Wiederaufbau des Landes dienen soll. Das Abkommen sieht vor, dass die USA über privilegierten Zugang zu Ressourcen, einschließlich seltener Erden, verfügen werden.

In den ersten zehn Jahren sollen alle Gewinne nicht ausgeschüttet, sondern reinvestiert werden, wobei die Ukraine 50 Prozent der Einnahmen aus künftigen Förderlizenzen oder Rohstoffverkäufen in den Fonds einzahlen wird. „Die Ukraine bleibt in der Kontrolle ihrer Ressourcen“, betonte Ministerpräsident Denys Schmyhal. Diese klare Positionierung soll die Souveränität des Landes unterstreichen und gleichzeitig wirtschaftliche Perspektiven eröffnen.

Sicherheitsgarantien und zukünftige Perspektiven

Obwohl das Abkommen keine konkreten Sicherheitsgarantien festhält, wird eine langfristige Unterstützung der USA für die Ukraine bekräftigt. Die Verhandlungen hierzu begannen im Februar 2025 und standen zwischenzeitlich vor

Herausforderungen. Laut Aussagen des US-Finanzministers handelt es sich um eine „umfassende Invasion“ Russlands, und Trump hat auf ein schnelles Ende des Konflikts gedrängt, wobei er wirtschaftliche Präsenz als Sicherheitsgarantie sieht.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass dieses Abkommen nicht nur den Rahmen für eine wirtschaftliche Kooperation zwischen den beiden Ländern schafft, sondern auch einen möglichen Lichtblick im Kontext der Friedensverhandlungen darstellen könnte. Die Ukraine erhofft sich von dem Fonds entscheidende Impulse zur Rehabilitation und zum Ausbau ihrer wirtschaftlichen Infrastruktur.

Für weitere Informationen: **RP Online**, **Tagesschau**, **ZDF**.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Kiew, Ukraine
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• rp-online.de• www.tagesschau.de• www.zdf.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de